Gespräche darüber mit US-Präsident Harry Truman während der Verhandlungen zu den Nachkriegsregelungen in Potsdam schrieb: »Damit also besaßen wir das Mittel zur schleunigen Beendigung des zweiten Weltkrieges und zu vielleicht noch vielem mehr.« An die Stelle eines noch langen Krieges im Pazifik sei »die helle und tröstliche Aussicht getreten, ein oder zwei zerschmetternde Schläge könnten den Krieg beenden [...] Und noch etwas – wir brauchten die Russen nicht mehr. [...] Jetzt mussten wir von ihnen keine Gefälligkeit mehr erbitten [...] Auch die Aussichten für die Zukunft Europas schienen rosiger geworden.«¹⁰

Der Koreakrieg war ein Ausdruck der Spaltung der Welt, wie es heute, 75 Jahre später, der Ukrainekrieg ist – unter Bedingungen, die durch das Fortbestehen der ostasiatischen Spannungsherde seit dem Waffenstillstand in Korea geprägt sind. Den gordischen Knoten zu zerschlagen wird nur mit allseitigem Willen zum Frieden und zur Überwindung der Systemkonfrontation gelingen. ★

Prof. Dr. Norman Paech, Hamburg

80 Jahre UNO-Charta

Es ist bemerkenswert, dass eine Verfassung fast unverändert 80 Jahre überdauert, während das nur vier Jahre jüngere Grundgesetz nach bis jetzt 67 Eingriffen kaum wiederzuerkennen ist. Doch die Zweifel mehren sich vor allem in Zeiten des Krieges, ob sie in dieser Form noch in der Lage ist, ihre Hauptziele, »den Weltfrieden und die internationale Sicherheit zu wahren ... freundschaftliche, auf der Achtung vor dem Grundsatz der Gleichberechtigung und Selbstbestimmung der Völker beruhende Beziehungen zwischen den Nationen zu entwickeln ...« (Art. 1 UNO-Charta). Ist sie zu alt, überholt, zu unmodern? Oder schlicht eine Fehlkonstruktion der unmittelbaren Nachkriegszeit, die untauglich ist, mit einem mehrfach gescheiterten Friedenssystem der kollektiven Sicherheit mit Namen Völkerbund und UNO die neue Weltordnung friedlich zu gestalten?

1939 hatte das Deutsche Reich mit seinem Angriff auf Polen dem ersten Versuch eines Systems der kollektiven Sicherheit, dem Völkerbund, nach kaum 20-jähriger ruhmloser Geschichte den endgültigen Todesstoß gegeben. Trotzdem mündeten die Bemühungen um eine friedliche Nachkriegsordnung wiederum in einem vergleichbaren System kollektiver Sicherheit. Es waren ausgerechnet die USA, die derzeit am schärfsten dieses System attackieren, die den Anstoß für eine Nachfolgeordnung gaben.

Ausgangspunkt war Neufundland, wohin Roosevelt seinen britischen Kollegen Churchill 1941 noch vor dem Eintritt der USA in den Krieg einlud, um über eine zukünftige Friedensordnung zu sprechen. Churchill stellte sich eine internationale Organisation nach dem Vorbild des Völkerbundes vor. Roosevelt wollte davon zunächst nichts wissen, er sah den Garanten eines zukünftigen Friedens in starken britisch-amerikanischen Streit-

¹⁰ Churchill, Winston S., *Der Zweite Weltkrieg. Mit einem Epilog über die Nachkriegsjahre*, a. d. Engl. v. Eduard Trosch u. a. (1948), Frankfurt a. M. 2003, 6. Aufl. 2011, S. 1089 f. – Auf S. 1086 findet sich zu Europa auch der folgende Satz. »Am 1. Juli begannen die amerikanischen und britischen Armeen den Rückzug auf die ihnen zugeteilten Zonen; Massen von Flüchtlingen folgten ihnen auf dem Fuß. Sowjetrussland setzte sich im Herzen Europas fest. Es war ein für die Menschheit verhängnisvoller Tag.«

kräften. Zweifellos war ihm noch in Erinnerung, dass Wilson seinerzeit mit seinem Völkerbund vom US-amerikanischen Kongress in Stich gelassen worden war.

Schließlich einigten sich beide Regierungschefs am 14. August auf eine Abschlusserklärung, die wegen ihrer grundsätzlichen Bedeutung als »Atlantik-Charta« in die Geschichte einging. Allerdings kam sie außer einem Bekenntnis zu Freiheit des Welthandels und freien Zugang zu allen Rohstoffen nur zu einer allgemeinen Erklärung für eine »umfassendere und selbständige Organisation für die allgemeine Sicherheit.«

Trotz seiner Bedenken entwarf Roosevelt schon einige Monate später gemeinsam mit Churchill eine »Erklärung der Vereinten Nationen«, die am 1. Januar 1942 von 26 Nationen unterzeichnet wurde. Ihr schlossen sich bis 1945 weitere 21 Staaten an. Nach den beiden Konferenzen in Moskau und Teheran im Oktober und November 1943 machte sich die amerikanische Administration daran, ein Organisationsmodell zu skizzieren.

Vor allem sollten die negativen Erfahrungen mit dem Völkerbund vermieden werden. So sollte die Überstimmung einer der Großmächte im geplanten Exekutivausschuss, dem späteren Sicherheitsrat, vermieden werden. Für die privilegierten Großmächte sollte Einstimmigkeit gelten. Ein Vorschlag allerdings, der schon zu Zeiten des Völkerbundes gemacht worden war, dass jene Mitglieder sich der Stimme zu enthalten haben, die an dem Konflikt beteiligt sind, wurde nicht aufgenommen. Die zentrale Frage war die der Durchsetzung von Entscheidungen, an der nach Ansicht des State Departments der Völkerbund gescheitert war. Die Alternativen sahen einmal die Möglichkeit vor, nationale Truppenkontingente unter dem Kommando des Exekutivausschusses zusammenzufassen und für Sanktionen einzusetzen, zum anderen die Aufstellung einer permanenten internationalen Polizeitruppe zur Verfügung des Ausschusses. Die zweite Variante warf aber zu große politische und praktische Probleme auf, sie wurde zugunsten der ersten Variante fallen gelassen.

Unterzeichnet am 26. Juni 1945 in San Francisco

Die Vorschläge wurden 1943 im sogenannten Outline-Plan zusammengefasst. Er enthält die wesentlichen Elemente der späteren UNO-Charta: einen Exekutivausschuss mit weitgehenden Entscheidungs- und Exekutivkompetenzen aus ständigen und nichtständigen Mitgliedern und eine schwächere, im Wesentlichen auf Empfehlungen verwiesene Generalversammlung. Der Outline-Plan war die Grundlage der Konferenz von Dumbarton Oaks, wo von Anfang August bis Ende September 1944 die Experten der vier Mächte, China, USA, UdSSR, Großbritannien, einen Entwurf für die Statuten der neuen Charta erarbeiteten.

Über etliche Probleme gab es keine Einigung. So über den Wunsch der Sowjets, alle 16 Unionsrepubliken in die Organisation aufzunehmen – sie befürchtete eine hoffnungslose Unterlegenheit in der neuen Organisation wie schon im Völkerbund. Nicht akzeptiert wurde von der sowjetischen Seite der Wunsch der Briten und Amerikaner, das Vetorecht bei Kriegsbeteiligung einzuschränken. Keine Einigung gab es zwischen den Sowjets und Briten über die Verankerung der Menschenrechte in der Charta. Vor allem Churchill wollte keine sozialen und ökonomischen Rechte im Hinblick auf das Commonwealth in die Satzung aufgenommen haben.

Schließlich brachte die Konferenz von Jalta im Februar 1945 die letzten Kompromisse. Die Westmächte akzeptierten zwei Unionsrepubliken, Weißrussland und Ukraine, als selbständige Mitglieder mit vollem Stimmrecht. Außerdem einigte man sich über das Vetorecht im wichtigsten Gremium, dem Sicherheitsrat. Dies war den Sowjets von höchster Wichtigkeit. Warum, hat Churchill in seinen Memoiren anschaulich geschildert:

»Stalin erklärte, die drei Großmächte seien zwar heute verbündet und keine von ihnen werde Angriffsakte begehen, er befürchte jedoch, die heutigen Führer würden im Laufe der nächsten zehn Jahre verschwinden, und eine neue Generation werde an die Macht kommen, die nicht mehr aus persönlichem Erleben wisse, was wir in diesem Krieg durchgemacht haben Meine Moskauer Kollegen können nicht vergessen, was sich im russisch-finnischen Krieg im Dezember 1939 abgespielt hat, als Briten und Franzosen den Völkerbund gegen uns in Bewegung gebracht und es ihnen gelang, die Sowjetunion zu isolieren und aus dem Völkerbund auszuschließen, als sie später sogar mobil machten und von einem Kreuzzug gegen Russland sprachen. Können wir nicht Garantien bekommen, dass sich so etwas nicht wiederholt?«

Gäbe es dieses Veto nicht, wäre Israel schon lange und Russland seit dem Angriff auf die Ukraine im Jahr 2022 aus der UNO ausgeschlossen worden.

Man kam also in dieser Frage Stalin entgegen, und dieser akzeptierte Churchills Wunsch, die britischen Kolonien nicht unter die Treuhandschaft der UNO zu stellen. Frankreich wurde schließlich als fünfter Staat in den Kreis der privilegierten Großmächte aufgenommen. Mit diesen Kompromissen wurde schließlich am 26. Juni 1945 in San Francisco die »Charta der Vereinten Nationen« von 50 Staaten unterzeichnet, am 24. Oktober 1954 ist sie in Kraft getreten.

Gegen Veto der Großmächte keine Änderungen

Seitdem hat es nur zwei Änderungen gegeben, die im Wesentlichen nur Mitgliederzahlen in verschiedenen Gremien und organisatorische Frage betrafen. Die Deutschland besonders interessierende Feindstaatenklausel in Artikel 53 und 107 wurde 1994 durch die Resolution 49/58 von der Generalversammlung für obsolet erklärt. Das zeigt, wie schwer eine Veränderung der Charta vor allem in grundsätzlichen Fragen ist. Schon lange, aber besonders in den letzten Jahren, wird von den Staaten des Südens in Asien, Afrika und Asien die mangelnde Repräsentanz insbesondere im Sicherheitsrat beklagt. Gewiss ist eine Veränderung des Atlantik-lastigen Sicherheitsrats zugunsten stärkerer Präsenz des Südens notwendig. Aber es bestehen große Zweifel, ob damit die Kriege der NATO-Staaten und der USA in der Vergangenheit oder der Angriff Russlands auf die Ukraine und der Völkermord durch Israel in Gaza hätten verhindert werden können. Die UNO ist aus diesen Konflikten systematisch herausgehalten worden, und weder ein vetofreier noch ein um Repräsentanten aus Asien, Afrika und Lateinamerika mit Vetorecht erweiterter Sicherheitsrat hätte diese Kriege verhindern können. Derartige Konstruktionen beflügeln zwar immer wieder die Phantasien von Friedensforschern und Philosophen, scheitern aber an der Realität der Großmächte, die weder auf ihr Vetorecht verzichten noch es auf weitere Staaten erstrecken werden. Denn das Scheitern der UNO in Kriegszeiten ist nicht ein Problem ihrer Konstruktion, sondern der militarisierten Kultur und imperialistischen Interessen ihrer Staaten.

Der Kompromiss von Jalta, der es Churchill erlaubte, die britischen Kolonien aus der Treuhandschaft der UNO herauszuhalten, zeigte deutlich, dass der Kolonialismus den Großmächten bei ihren gesamten Verhandlungen kein Problem war. Schon zwei Jahre nach ihrer Gründung teilte die UNO 1947 Palästina in zwei Teile und enteignete die palästinensischen Bewohner, ohne sie befragt zu haben, um Zweidrittel ihres Heimatlandes – ein Akt des offenen Kolonialismus. Der im März 1947 gegründete Treuhandrat (Art. 87 UNO-Charta) war eher zur Verwaltung als zur Beendigung kolonialen Besitzes eingerichtet worden. Mit der Unabhängigkeit Palaus, des letzten Treuhandgebietes, hat der Treuhandrat 1994 seine Arbeit suspendiert und sucht nach neuen Aufgaben. Aus den Kolonialkämpfen der sechziger und siebziger Jahre wurde er herausgehalten und spielt auch bei den gegenwärtigen Kämpfen, z.B. in der Westsahara oder Palästina/Gaza, keine Rolle. Rechtliche Grundlage der Befreiungskämpfe ist das Recht auf Selbstbestimmung (Art. 1 Abs. 2 UNO-Charta) geworden, welches durch die zunehmende Zahl junger Staaten in der Generalversammlung zu einem zwingenden Recht (ius cogens) gegen den Widerstand der alten Kolonialmächte ausgebaut werden konnte.

Auch dieses Beispiel zeigt, dass die Wirksamkeit der UNO und ihrer Institutionen sowie die Chancen ihrer Veränderung von der Stärke der Völker und ihrer Staaten abhängen, sich gegen die Großmächte durchzusetzen. ★

Botschaft des Armeegenerals Raúl Castro Ruz

Ruhe in Frieden, lieber Freund. Ihr Tod bewegt mich zutiefst.

Sie waren ein Mann von Integrität und Beständigkeit, der die zwischenmenschlichen Beziehungen, die wir geknüpft haben, mit Zuneigung und Wohlwollen erwidert hat. Ich erinnere mich gerne an unsere Begegnungen und schätze Ihre Zuneigung zum kubanischen Volk und Ihren persönlichen Beitrag zur Förderung des brüderlichen Dialogs und des Verständnisses in den Beziehungen zwischen Kuba und dem Heiligen Stuhl, die während Ihres Pontifikats verstärkt wurden.

Ihr Leben und Ihr Pontifikat waren ein Beispiel für den unermüdlichen Kampf zur Verteidigung des Friedens und der Brüderlichkeit unter den Völkern. Ihre ständige Sorge um die drängenden Herausforderungen, denen sich die Menschheit gegenüber sieht, und Ihr Engagement bei der Suche nach einer tragfähigen und nachhaltigen Lösung dieser Probleme werden für alle ein Beispiel sein.

So, wie er es einmal zu mir sagte, werde auch ich ihn für immer in meinem Herzen tragen.

Havanna, 21. April 2025, Raúl Castro Ruz

(<https://de.granma.cu/mundo/2025-04-22/botschaft-des-armeegenerals-raul-castro-ruz>)

Anlässlich des Todes von Papst Franziskus hat der Präsident der Republik Kuba beschlossen, eine offizielle Staatstrauer von 6:00 Uhr morgens am 22. April bis 24:00 Uhr am 24. April 2025 anzuordnen. Die Zeitung

»Granma« betonte unter anderem: »Er setzte sich für die Verbesserung der Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten und Kuba ein und forderte die US-Regierung auf, die Blockadepolitik gegen unser Land aufzuheben.« (<https://de.granma.cu/cuba/2025-04-22/der-prasident-der-republik-verfugt-eine-offizielle-staatstrauer-wegen-des-todes-von-papst-franziskus>) ★